

Polnisches Bundesnetzwerk für Partizipation
und Soziales
c/o Polnischer Sozialrat e.V.
Oranienstr. 34, 10999 Berlin

Parlamentarischer Staatssekretär für Vorpommern
und das östliche Mecklenburg
Baustraße 9, 17389 Anklam

Schwedt, den 19.11.2021

Sehr geehrter Herr Heiko Miraß,

die polnische Gemeinschaft ist die größte Migrantengruppe in Mecklenburg-Vorpommern. Viele Menschen dieser Gruppe können zur Entwicklung des Landes beitragen. Leider gibt es keinen Beauftragten speziell für diese Gruppe, der dieses Potenzial in Zeiten des Fachkräftemangels in Deutschland und mit Blick auf die entstehende grenzüberschreitende Metropolregion Stettin auf der gesellschaftlichen Ebene aufgreifen könnte. Das Bild von den hier lebenden Polen und von Polen insgesamt ist leider immer noch oft negativ, obwohl das Land ein direkter Nachbar ist und beide Regionen sozioökonomisch von dieser Nachbarschaft profitieren.

Daher fordern wir, der Polnische Sozialrat sowie das Polnische Bundesnetzwerk für Partizipation und Soziales, die neue Landesregierung Mecklenburg-Vorpommerns auf, den Beschlüssen der unten erwähnten Dokumente Rechnung zu tragen und in der neuen Legislaturperiode umzusetzen bzw. einzurichten:

1. spezielle Task Forces für grenzüberschreitendes Krisenmanagement in Zeiten der Pandemie und der gegenwärtigen Migrationskrise,
2. eine Stelle des Polonia - Beauftragte(-n) vor Ort,
3. gekoppelt mit einer Regelfinanzierung von insgesamt 100 Tsd. Euro/ Jahr wie in NRW (<https://www.land.nrw/de/pressemitteilung/landesregierung-beruft-thorsten-klute-zum-polonia-beauftragten-des-landes>) als grenzüberschreitendes Bindeglied und Anlaufstelle für die Zivilgesellschaft in der Grenzregion,
4. ein allgemein zugängliches, altersgerechtes und durchgängiges Angebot zur Vermittlung der polnischen Sprache als Herkunftssprache oder zumindest als zweite Fremdsprache in Bildungseinrichtungen der Grenzregion,
5. den Zugang zu Schlüsselinformationen in polnischer Sprache über das Bildungssystem, Arbeits- und Fortbildungswesen sowie das wirtschaftliche, kulturelle und partizipative Leben in MV,

6. den Aufbau von Beratungsstrukturen in der Grenzregion zur Unterstützung der Verwaltung, so dass die Beratungsaufgaben von Migrantenorganisationen durchgeführt werden, die mit den rechtlichen Besonderheiten beider Länder vertraut sind,

7. die Gleichstellung der ausländischen Fachkräfte und die Erleichterung der Anerkennung der Berufsabschlüsse.

Rechtliche Grundlage:

Der Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit vom 17.6.1991

Die Gemeinsame Erklärung des Runden Tisches 2011 zu Fragen der Förderung der deutschen Minderheit in Polen und der polnischstämmigen Bürger und Bürgerinnen in Deutschland

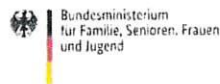
sowie die **Postulate des Polonia Kongresses 17.19.09.2021 in Berlin** (beigefügtes Schreiben).

Vorsitzende des Polnischen Sozialrates e.V.

Dr. Marta Neüff



Gefördert vom:



Sprecherin des Polnischen Bundesnetzwerkes für Partizipation und Soziales in Mecklenburg-Vorpommern

Katarzyna Werth

